Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 108 (2014)
Heft: 11

Artikel: Kein Ort für Utopien : ein Rückblick auf die DDR nach 25 Jahren
Autor: Hui, Matthias
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-514147

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Matthias Hui

Kein Ort für Utopien

Ein Rückblick auf die DDR nach 25 Jahren

1989/2014
Die Mauer ist weg
– und der Sozialismus?

Utopie ist die Vorstellung einer anderen Gesellschaft, wie sie durch die Überwindung gegenwärtiger Verhältnisse entstehen könnte. Konkret wird die Utopie, so Ernst Bloch, durch kritische Selbstreflexion und durch den Bezug auf die historischen Umstände. In diesem Prozess wird deutlicher, wer oder was genau die Würde der Menschen oder der Natur mit Füssen tritt, aber auch, wer die Veränderung vorantreiben kann. Was zukünftig sein soll, wird in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Experimenten erkundet, in befreiender Praxis gelebt. Etwas vom Anderen, vom Guten Leben ist damit schon jetzt erfahrbar. Ganz und endgültig wird es nie zu haben sein. – Könnten das schwierige Erbe der DDR und auch ihr Ende etwas damit zu tun haben, dass solche Gedankengänge gar nicht vorgesehen waren?

Zuerst eine biografische Notiz eines Gaststudenten der Humboldt-Universität, damals im Vor-Wende-Jahr 1988/89 in Berlin/DDR: Theologie wurde in der Baracke gelehrt. Unser Unigebäude stand in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstrasse, nicht zuletzt für viele dramatischer Grenzübergang Ost/West, im Schatten des Internationalen Handelszentrums. Die Räumlichkeiten waren eng und lottrig, aber gemütlich, und sie entsprachen den Inhalten. Die – sehr geringen – Studiengebühren waren in US-Dollars zu begleichen. Die letzte Rate wurde in den Wirren des Sommers/Herbsts 1989 nie mehr in Rechnung gestellt. Ich stehe bei der DDR noch in der Schuld.

ML – Marxismus-Leninismus – war in allen Studienrichtungen Pflichtfach. An die Sektion Theologie wurden in dieser Disziplin zumeist intelligente, dialogfähige Dozenten delegiert. Damit sie in den Diskussionen mit den Studierenden nicht völlig unter die Räder gerieten. Glasnost und Perestroika taten unter den Studierenden ihre Wirkung, und der Frust in der bisweilen stickigen Enge dieses in seiner gesamten Entwicklung stagnierenden Landes war verbreitet.

Es waren die Monate des Protests gegen die manipulierten Kommunalwahlen (auch Menschen wie ich waren wahlberechtigt, da die Staatsführung als Propagandareaktion auf entsprechende Debatten in der BRD kurzfristig das Ausländerwahlrecht einführte). Es war die Zeit der anschwellenden Ausreisewellen in den Westen, der bestürzten Reaktionen auf das Massaker auf dem Pekinger Tian'anmen-Platz und des neugierigen Verfolgens der ungeahnten Entwicklungen in «Bruderländern», in Ungarn oder Polen, in den baltischen Staaten oder der Sowjetunion.

Arbeiterklasse vs. Selbstverwaltung

Im ML-Unterricht in der Baracke wurde das Kommunistische Manifest diskutiert. Der Dozent passte die DDR problem- und fraglos ein in die Marx'sche Beschreibung der scheinbar objektiven Entwicklung. Ihm zufolge hatte die DDR sämtliche entscheidenden historischen Brüche hinter sich. Was Karl Marx im Kommunistischen Manifest schrieb, hatte eins zu eins für Geschichte und Gegenwart des Arbeiter- und Bauernstaates zu gelten: «Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreissen, alle Produktions-

instrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.»

Der junge Schweizer Student wagte den Einwand, dass einem allerdings manche Menschen im DDR-Alltag von den sozialistischen Produktionsverhältnissen gar entfremdet schienen und sich nicht wirklich als Arbeiterklasse im Besitz der politischen Herrschaft sähen. Und dass der Staat ja vielleicht politische und wirtschaftliche Freiräume eröffnen könnte, um die Menschen wieder stärker von den noch uneingelösten Potenzialen des Sozialismus zu überzeugen. Geprägt von den Aufbrüchen der achtziger Jahre zuhause, warf ich das Stichwort der Selbstverwaltung ein. Aber man redete gegen eine – in diesem Fall freundliche – Wand. Einige der wunderbaren, allerdings heruntergekommenen Strassenzüge in Ostberlin stellte ich mir eben vor mit Genossenschaftskneipen, mit selbstverwalteten kleinen Betrieben, mit Treffpunkten für gesellschaftliche Debatten, gemütlichen Nonsens und avantgardistische Kultur. Wieso gab es so etwas in der DDR fast nur auf kirchlichen Inseln, oder dann im Kapitalismus, in Westberlin drüben? Wieso liess die sogenannte Partei- und Staatsführung die Menschen gesellschaftlich nicht wirklich gestaltend tätig werden? Manche dieser Leute erlebte ich in ihren privaten Räumen und in ihren nicht-offiziellen Projekten als sehr kreativ. Sie lebten fern von Geld-, Selbstdarstellungs- und Konkurrenzgetriebenheit. Wieso sollte diese Gesellschaft nicht demokratisch weiter entwickelt werden können?

es kommt der tag

es kommt der tag
da sind die kleinen
gross
und die grossen werden
tot sein

es kommt der tag
da schweigen all die
sänger
und die steine werden
schrein

und ich kehre zurück
aufm pferd mit wilder
mähne
und aus schwarzen
schafen
werden weisse schwäne

es kommt der tag
da brechen in die
müden städte
wilde wasser ein

es kommt der tag
da wird jeder alte kahn
ein schiff voller piraten
sein

und ich kehre zurück

Gerhard Gundermann, 1989

Gundermann (1955–1998) war ein Liedermacher aus dem Lausitzer Braunkohlerevier in der DDR, wo er auch als Baggerfahrer arbeitete. «Ich habe mich mit der DDR eingelassen – mit wem sonst? – und ich habe ausgeteilt und eingesteckt.»

In 100 Jahren ist alles vorbei

Dem Schweizer entgegnete der ML-Dozent kurz und bündig, dass seine Konzepte eben utopistisch seien und, wissenschaftlich belegbar, der Vergangenheit angehörten – allenfalls im kapitalistischen Westen besser als nichts. Im Kommunistischen Manifest schreibe Karl Marx über Träger solcher Haltungen: «Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen.»

Zugänge zur Mit- und Umgestaltung der Verhältnisse wurden den Studierenden weitgehend verwehrt, nicht nur ihnen. Vor eigenständigen, abweichenden idealistischen Haltungen, vor «Experimenten» und «Beispielen» wurde gewarnt. Für eine eigenständige Verortung in den Gegebenheiten des eigenen Landes war kaum Platz. «Wie sollen wir an den Sozialismus glauben, wenn alles schon da sein soll, wir aber unseren Alltag – die ökonomische Sackgasse, in der wir stecken, die ökologische Zerstörung, zu der unser System massiv beiträgt, und die dumpfe Einschränkung unserer Freiheiten, die wir nicht mehr ertragen – nicht mit unseren Träumen, mit der angeblich bereits realisierten Gerechtigkeit in Verbindung bringen können?» So fragten die Mitstudierenden. Im Treppenhaus eines abgewirtschafteten Hauses, wo einer von ihnen wohnte, hatte jemand den Satz hingekritzelt: «In 100 Jahren ist alles vorbei, Johnny.»

Schwund der Utopie

Rudolf Bahro schrieb in «Die Alternative» vor dem Hintergrund der kulturellen Enge und der sich abzeichnenden ökologischen Katastrophe bereits 1978 (vgl. *Neue Wege* 10/14): «Die Marxisten haben eine Abwehrhaltung gegen Utopie. Es war so mühsam, sich davon loszumachen seinerzeit. Aber Utopie gewinnt jetzt eine neue Notwendigkeit. Denn jene historische Spontaneität, die Marx auf den Begriff des naturgeschichtlichen Prozesses brachte und die unter Marxisten-Leninisten unter dem Namen der objektiven ökonomischen Ge-

setze feiern, muss heute überwunden werden.» Vielleicht war es diese staatssozialistische Verhinderung der Zufuhr frischer Luft zur Entwicklung utopischer Gedanken, welche die DDR dem Untergang weihte. Die Menschen wollten jetzt etwas davon spüren, was einst sein sollte. Sie wollten sich jetzt ausdenken, was noch nicht da war.

Im Theater fand dies 1988/89 statt. Hier wirkten etwa Inszenierungen von Heiner Müller seismografisch: «Dass die klassischen Texte noch wirken, hat mit ihrem Reservoir an Utopie zu tun; dass sie nicht mehr geschrieben werden können oder noch nicht wieder, mit der Gefährdung bzw. mit dem Schwund der Utopie.» In diesem Interview in der Wendezeit meinte Heiner Müller, der sich nie von der DDR abwandte und sich zeitlebens mit dem Regime rieb, nüchtern weiter: «Den Sozialismus hat es nie gegeben. Das war eine Idee im Hinterkopf von Intellektuellen. Als Realität war es die Kolonisierung der eigenen Bevölkerung, war es das Stalinsche Konzept.» Das Stück «Die Übergangsgesellschaft» von Volker Braun, auch er ein kritischer DDR-Bürger, der blieb, war 1988 erstmals im Theater zu sehen. Darin fielen die Sätze: «Die Revolution kann nicht als Diktatur ans Ziel kommen. Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen.»

Es ist Sozialismus, keine Karikatur

Dies war die Wende. Jetzt erkämpften sich die Menschen auf der Strasse – befördert durch den Druck der Ausreise tausender DDR-BürgerInnen, durch die Politik von Gorbatschow, durch die immer offenkundigeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten – in der DDR einen wenn nicht ersten, dann schliesslich letzten utopischen Moment. «Der kurze Herbst der Utopie» zählt gerade deshalb zu den zentralen Daten deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert. «Stell dir vor, es ist Sozialismus, und keiner geht weg!», formulierte die Schriftstellerin Christa Wolf an der Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, an der eine Million Menschen teilnahmen. Wohl kann das ganze Werk von Christa Wolf als Erzählung der Utopie eines humanen Sozialismus, aber auch der Utopie einer idealistisch-romantischen individuellen Widerständigkeit verstanden werden – programmatisch der Titel «Kein Ort. Nirgends».

Ihr Schriftstellerkollege Christoph Hein plädierte vom selben Rednerpult aus für «einen Sozialismus, der dieses Wort nicht zur Karikatur macht.» Längst nicht mehr alle Menschen in der DDR mochten solche Worte noch in den Mund nehmen. Aber jetzt war der Geist frei und draussen: «Jede revolutionäre Bewegung befreit auch die Sprache» (Christa Wolf). Der Herbst war kurz. Nur wenige Wochen später, am 4. Dezember 1989, meinte dann Heiner Müller im erwähnten Spiegel-Interview: «Diese Langsamkeit ist ein Grundproblem in der DDR. Ehe die DDR merkt, dass sie gekauft wird, ist sie schon verkauft.»

Umgestaltung überlebenswichtig

Den Boden bereitet für diese konkrete Utopie einer anders denkbaren DDR hatten insbesondere Bewegungen aus und unter dem Dach der Kirche. Einen Ausdruck fanden diese Entwicklungen zum Beispiel in der Ökumenischen Versammlung 1988/89 mit 146 Delegierten aus 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften. Das Schlussdokument nahm eine präzise Standortbestimmung der DDR von 1989 vor und wies gleichzeitig weit über den Tag und den Ort hinaus.[1]

Die Schaffung gerechter Verhältnisse wurde als gemeinsames Ziel formuliert: «Die sozialistische und kommunistische Bewegung versteht sich von ihrem Ursprung her als eine Hoffnungsalternative zum Kapitalismus. Gerechtigkeit gilt für sie als Ziel eines Geschichtsprozesses, durch welchen die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der frei-

Nicht nur das Spiel dieses Abends, ein grösseres Spiel war misslungen. Vielleicht hatten sie den Einsatz auch eine Spur zu niedrig gehalten. Hatten sich, jeder für sich, ganz im stillen einen Hinterhalt offengelassen, als ob sie eine Weile ihren neu entdeckten Neigungen folgen und darauf warten können, dass sie wieder anderswo und für anderes – «Wichtiges» mochten sie es immer noch nennen – benötigt würden. Ganz deutlich, bedrängend sogar, spürten sie doch bei aller Lebensfülle einen Vorrat in sich, der niemals angefordert wurde, ein Zuviel an Fähigkeiten und Eigenschaften, die sie für nützlich und brauchbar hielten, die eine Vergangenheit und, so hofften sie immer noch, eine Zukunft hatten, aber keine Gegenwart.

Christa Wolf, aus: Sommerstück, Berlin 1989.

en Entwicklung aller ermöglicht wird. Wir Christen wissen uns von der Bibel her verpflichtet, durch unseren Einsatz für Gerechtigkeit dem Gemeinwohl zu dienen.»

Die Transformation der DDR war aber kein rein innergesellschaftliches Thema: «Die bedrohte Menschheit als ganze braucht Formen menschlichen Zusammenlebens, die dem gemeinsamen Überleben dienen. Auf der Suche danach sind soziale und ökonomische Modelle nötig, die mehr Gerechtigkeit und zugleich Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verwirklichen. Um dieser Hoffnung heute näher zu kommen, bedarf auch der in der DDR existierende Sozialismus einer Umgestaltung.»

Vier Prozesse der Umgestaltung wurden eingefordert: Erstens in Richtung auf mehr Demokratie: Bürokratismus, Zentralismus, unzureichende Kontrolle der Macht, Undurchschaubarkeit vieler Entscheidungen und Institutionen würden die Mündigkeit und eigenverantwortliche Mitarbeit der BürgerInnen behindern. Zweitens in Richtung auf mehr Offenheit im weltanschaulichen Bereich und eine dementsprechende Kultur des Meinungsstreites. «Das Abgrenzungsdenken, die Verbindung des Machtmonopols der Partei mit dem ideologischen Wahrheitsmonopol und die Selbstrechtfertigungszwänge des Staates, in die er durch seine eigenen Glücksversprechungen gerät, verhindern die Bildung einer bewussten und kritischen Öffentlichkeit.» Drittens in Richtung auf mehr Rechtlichkeit, welche die Menschenrechte klarer definiere und unabhängige gerichtliche Instanzen schaffe. Und viertens ging es um eine «neue Prioritätensetzung»: «Bleibt die sozialistische Gesellschaft mit den westlichen Gesellschaften unter der Vorherrschaft ökonomischer Zielsetzungen, bleiben Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung, Befriedigung wachsender Konsumbedürfnisse die herrschenden Werte, so wird die überlebenswichtige Umgestaltung und Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung verfehlt und verhindert.»

Anpassung ist keine Option

Was bleibt? 2010 schrieb ein Dutzend der streitbaren Kirchenleute von 1989 eine Erklärung zur Wahl von Joachim Gauck zum Bundespräsidenten: «Wenn wir in der DDR in unseren Freiheits-Texten von Frieden, Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung sprachen, haben wir damit auch eine grundsätzliche Kritik an der modernen Industriegesellschaft verbunden.» Die Oppositionellen differenzieren ihre DDR-Herkünfte: «Wir sind wie Joachim Gauck durch diese Diktaturerfahrung gegangen. Uns hat, anders als ihn, nicht der Mangel an Freiheit am stärksten geprägt, sondern unser Kampf, unser Bemühen um ihre Durchsetzung in der DDR.»

Wesentlich ist die Konsequenz des kritischen Beharrens auf Alternativen für die Gegenwart, die diese Menschen aus ihrer biografischen Erfahrung ziehen: «Anpassung war für uns in der DDR keine Option. Wir haben Bevormundungen widersprochen, Freiräume mit anderen und für andere geschaffen und gesellschaftliche Veränderungen eingefordert. Diese Erfahrungen aus der DDR ermutigen uns, kritische Bürger im vereinten, demokratischen Deutschland zu bleiben. (...) Wie schaffen wir es, den Angriff der Finanzmärkte auf die Demokratie, unsere Lebensform der Freiheit, abzuwehren, den Skandal wachsender Verarmung vieler bei explodierendem Reichtum weniger nicht länger hinzunehmen, den Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen zu beenden, das Zusammenleben der Menschen in kultureller und religiöser Vielfalt zu ermöglichen und neue Konflikte friedlich zu lösen?» Genau hier kommt auch nach zwanzig, fünfundzwanzig Jahren der utopische Überschuss der DDR im Moment ihres Untergangs zum Tragen. •

[1] Der gesamte Text der Ökumenischen Versammlung findet sich auf: http://oikoumene.net/home/regional/dresden/index.html